



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Besteuerungsdebatte auf dem ungarischen Reichstage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Besteuerungsdebatte

auf
dem ungarischen Reichstage.

Bressburg, Mitte Januar.

Die Steuerfrage war der erste Gegenstand, welcher in diesem Jahre die Aufmerksamkeit der Magnaten in Anspruch nahm. Das neue Jahr begrüßte unsere hohe Aristokratie bei der Lösung einer Lebensfrage. Ja die allgemeine Besteuerung ist eine Lebensfrage für das Vaterland und namentlich eine Lebensfrage für die Aristokratie. Wie haben die Magnaten diese Aufgabe aufgefaßt, und mit welcher Stimmung gingen sie an die Lösung derselben?

Es dürfte nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß das Nuntium der Stände die Grundlage der diesfälligen Discussion bildete. Die Stände sprechen darin den Grundsatz der allgemeinen Besteuerung aus. Sie wollen ihn schon in diesem Augenblicke auf die Domesticallsteuer und auf eine öffentliche Landeskasse angewendet wissen. Dabei verlangen sie jedoch die nöthigen constitutionellen Garantien, damit durch die übernommenen Lasten auch das erwünschte Ziel erreicht werde, damit eine zweckmäßige und gerechte Repartirung und Handhabung der ausgeschriebenen Steuern verbürgt sei. Zu diesem Behufe soll ein Ausschuß ernannt werden und diesem eine allgemeine Instruction gegeben, jedoch die Berücksichtigung vorzüglich der Domesticallsteuer und dann der Landeskasse vorgeschrieben werden. Bei letzterer wären, so weit es thunlich ist, indirecte Quellen in Vorschlag zu bringen. —

Es gibt Wahrheiten, die so sehr in dem Bewußtsein der Zeit liegen, die sich mit einer solchen Unabweisbarkeit aufdrängen, daß sie zurückweisen, sich lieber moralisch tödten hieße. Zu dem ist die Steuerfreiheit des ungarischen Adels ein chaotisches Absurdum im europäischen Staatsrechte, so daß ein Mensch, der nur einigermaßen auf gesunden Menschenverstand Anspruch machen will, sie unmöglich vertheidigen kann. Dies haben die Magnaten vollkommen eingesehen und selbst der conservative Theil mußte sich dem Principe der allgemeinen Besteuerung hold zeigen. Doch hat von der andern Seite eben dieser conservative Theil der hohen Aristokratie (also diesmal wahrhaft conservativ) noch so viel Widerwillen gegen die Anerkennung dieses obersten Grundsatzes der politischen Moral, der politischen Gerechtigkeit, daß er die Durchführung des durch alle Conleiten hindurch abgeleiteten Princips möglichst in die Zukunft zu rücken trachtet. Die Führer der conservativen Partei mußten daher, wenn sie für Fragen, die im Interesse der Regierung liegen, ihre Anhänger consolidirt erhalten wollten, dieser Abneigung schmeicheln, selbst auf den Fall hin, daß sie für ihre Person die allgemeine Besteuerung schon jetzt in's Leben gerufen sehen wollten.

Dieses ist die Geschichte des Amendements, welches Graf Széchen dem Nuntium der Stände entgegensezte. Die Magnaten, heißt es in selbem, anerkennen den Grundsatz der

allgemeinen Besteuerung. Die Aufgabe der Gesetzgebung besteht aber in Anwendung und nicht in Aufstellung von Grundsätzen. Eine öffentliche Landeskasse thut noth, daher sind die Magnaten zu einem Geldbeitrage, welcher deren Grundlage bilden sollte, bereit. Die Domesticalexteuer betreffend, sprechen sie sich vor der Hand nicht aus. Doch haben sie nichts dagegen, wenn das zu ernennende Comité, in das sie gleichfalls einwilligen, auch auf diese seine Aufmerksamkeit richtet. Dieses soll die Summe bestimmen, die zur Deckung der nothwendigsten Landesbedürfnisse nöthig ist. Es mag auch die nöthigen Garantien in Erwägung ziehen, welche die gute Ordnung und der erwünschte Erfolg erheischen.

Bemerken muß ich, daß, indem ich hier den Antrag des Grafen Széchen im Auszuge zu geben trachte, derselbe sehr viel von seiner meisterhaften Unbestimmtheit und Unklarheit verloren hat. Der Antrag im Originale glich jenen auf Glasleichten geklebten Bildern, die nach jeder Seite hin etwas Anderes vorstellen. Nur die, ich muß es gestehen brillante Rede, mit welcher der Antrag unterstützt wurde, konnte bei näherer Betrachtung zeigen, wie es eigentlich mit der allgemeinen Besteuerung des edlen Grafen gemeint sei. „Wir müssen sicher und nicht schnell fortschreiten. Unsere Aufgabe ist nicht sowohl die, dem steuertragenden Volke Lasten abzunehmen, als vielmehr dahin zu arbeiten, daß es die ihm auferlegten leichter trage. Daher können wir ihm noch weitere auflegen;“ — so lautete wohl die auf vortreffliche Art maskirte Ideenassociation weiter, d. h. es wird auch zur öffentlichen Landeskasse beitragen, ohne daß wir seine bereits getragenen und zum Theile für uns getragene Lasten irgend wie berücksichtigen wollen.

Der Antrag wie die Rede verfehlten ihren Zweck durchaus nicht. Die Consolidirung der Partei war gerettet. Die äußerst lebhafteste Discussion bot aber das seltsamste parlamentarische Schauspiel dar, das man sich nur denken kann. Die herrlichsten Reden wurden gehalten, die Preiswürdigkeit und Unabweisbarkeit der allgemeinen Besteuerung recht in's Licht zu stellen, eine oft an Communismus grenzende Bereitwilligkeit zur Scham zu tragen — das Ende vom Liede aber war immer: meinen eben ausgesprochenen Grundsätzen und Ansichten zufolge, unterstütze ich die Motion des Grafen Széchen! Der Eine, wie z. B. Baron Anton Rajthényi erklärte, daß der Grundstein einer vernünftigen Ausführung des allgemein angenommenen Grundsatzes, nothwendiger Weise die Uebernahme der Domesticalexteuer sei, daß zwar auch die öffentliche Landeskasse von hoher Bedeutung sei, jedoch vor jener in den Hintergrund treten müsse. Aus diesen Gründen müsse man daher die Motive des Grafen Széchen unterstützen. Der Andere, wie z. B. Graf Kowlyi erklärte, kein Freund der Domesticalexteuer zu sein und demnach mit dem Grafen Széchen stimmen zu müssen. Ein Dritter tadelte die Stände auf's Bitterste, daß sie nicht auch die Kriegsteuer annehmen wollen — die Domesticalexteuer und die Landeskasse sind nun nicht mehr genügend. Folglich — — stimmt man dem Grafen Széchen bei. Bischof Lonovics schilderte in einer eben so glänzenden als durchdachten Rede, die Aufgabe der Aristokratie. Diese hat nunmehr nur Pflichten zu erfüllen und keine Opfer, keine Geschenke zu bringen. Die allgemeine Besteuerung ist das Lebensprincip eines geordneten Staates, also — — — erklärt man sich für den Antragsteller. Die Reden dieser Herren erinnerten an eine Rakete, die angezündet mit Geprassel in die Luft schnellt, daselbst Sterne, Kränzchen und Leuchtflugeln bildet — aber so wie die Explosion vorüber — stürzen sie leer zur Erde und in der Finsterniß bleibt uns nichts zurück als eine Reminiscenz und ein Schmerz in den geblendeten Augen.

Daß die Opposition die unzähligen Blößen benutzte, welche die Conservativen durch ein solches Verfahren sich geben mußten, versteht sich von selber. Baron Benckheim, Graf Teleky drangen mit ihrer vernichtenden Logik und Lutzerer mit seiner Wig-Bhalang in das Lager der Gegner und richtete eine Niederlage wie Sinson unter den Philistern an.

Als Narität mag hier erwähnt werden, daß Bischof Fogarassy in der Steuerfreiheit durchaus keine Ungerechtigkeit sah, da sie auf einem positiven Gesetze basirt sei. Graf Teleky erwiderte ihm, daß er wahrscheinlich auch die irländischen Katholiken nicht emanzipiren würde, da deren Zurücksetzung auch auf einem positiven Gesetze beruhe. Die Sklaverei würde der Hochw. Bischof gleichfalls aufrecht erhalten, da es seinem christlichen Gemüthe Trost genug, daß sie gleichfalls auf ein positives Gesetz gegründet ist.

In dieser dialectischen Weise wurde die Diskussion drei Tage hindurch geführt. Man wollte dem Gegner von Wahrheiten überzeugen, die er selbst anerkennen muß. Man sprach zum Verstande, während es sich um das Herz handelte. Man legte zwar pathetisch die Hand auf's Herz, drückte aber die andere um so fester an die Tasche.

Und doch handelte es sich eigentlich nicht um die letzte Entscheidung. Diese würde doch jedenfalls erst nach Eingabe der Ausschusarbeiten erfolgt sein. Die Herren fürchteten aber, dem Teufel den kleinen Finger zu geben und wollten sich, so gut es ging, gleich Ruhe schaffen.

Unser verehrter Palatin, der trotz seiner Reconvalescenz, die Verhandlungen über diese wichtige Angelegenheit selbst leitete, erkannte die Unfruchtbarkeit der Diskussion und die Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens. Er versuchte die Meinungen möglichst zu vereinigen, was seinem richtigen Takte auch gelungen. Gestatten Sie mir es den Erzherzog selbst sprechen zu lassen:

„Hochwohlg. Magnaten! Auch ich meinerseits wünschte das Resultat dieser langen Discussion zu befördern da ich, aufrichtig gestanden, die allgemeine Besteuerung für eine der Lebensfragen unseres Vaterlandes halte. Ich wünschte daher von Herzen, in dieser Beziehung wo nicht vollkommenes Einverständnis, so doch möglichste Annäherung der Meinungen zu Stande zu bringen. Wie ich die Sache aufgefaßt, besteht der Hauptunterschied der Meinungen darin, daß Einige ihre Sympathie für beide Arten von Steuern, nämlich für die Domesticalkasse sowohl als für die Landeskasse, schon jetzt aussprechen, indem sie deren Verwirklichung blos von den Garantien abhängig machen, während andere ihre letzte Entscheidung als von der ganzen Summe der Steuerfrage bedingt erklären, und zwar den Ausschuß von einem Vorschlage in Ansehung der Domesticalksteuer nicht geradezu ausschließen, aber dessen Aufmerksamkeit doch vorzüglich auf die öffentliche Landeskasse richten wollen. Meiner Meinung nach läge der Annäherungspunkt etwa darin, wenn der Ausschuß seine Thätigkeit beiden Fragen im gleichem Maße zuwendete, wir uns hingegen unsere freie Entscheidung in Ansehung beider Gegenstände vorbehielten. Demnach schlage ich vor, den Ständen zu antworten, daß wir in den Grundsatz der allgemeinen Besteuerung einwilligen und die Aufgabe der Gesetzgebung in Anwendung derselben erblicken. Daß wir die beiden von den Ständen erwähnten Arten der Steuer wie: die Domesticalksteuer und die öffentliche Landeskasse, als die specielle Anwendung dieses Grundsatzes betrachten und daher in Rücksicht des Verfahrens des Comité's im vorhinein weder der Einen noch der Andern den Vorzug einräumen. Wir billigen also auch die Emittirung eines Reichsausschusses

ohne alle Instruction und wünschten die von den Ständen erwähnte Benutzung von direkten und indirekten Quellen vor der Hand weggelassen zu wissen. Unsere definitive Entscheidung vertagen wir jedoch bis auf den Moment, wo uns die Arbeiten des erwähnten Ausschusses vorliegen werden u. s. w. —

Dieser Vorschlag des Erzherzogs wurde einstimmig angenommen und das Renuntium der Magnaten in diesem Sinne abgefaßt. Die Sache selbst ist nun natürlich doch noch nicht entschieden, denn die Herren werden erst nach Einsichtnahme in die Arbeiten des Ausschusses mit der Sprache herausrücken, und diese wird sich schwerlich zu Gunsten beider Steuern erheben. Dann wird man sein Schiffchen durch den Anker der Garantien vor Schiffbruch retten wollen, und die Sache selbst dürfte an diesen Schiffbruch leiden. Den Einen werden die Garantien zu schwach sein, den Andern zu stark, da eigentlich constitutionelle Garantien eine Art von „verantwortlicher Regierung“ wenigstens in finanzieller Beziehung bedingen. Hierzu scheint aber weder die jetzige Regierung noch deren Anhänger Lust zu haben. Zudem wird es nicht leicht sein die Regierung selbst in der Theorie verantwortlich zu machen, denn uns geht es mit der Regierung, wie den Physiologen mit dem Leben, wir wissen nicht wo ihr Sitz ist. — Jedenfalls müssen wir es dem Palatine danken, daß er der unerquicklichen Discussion ein Ende gemacht und die Sache in ein Terrain versetzt hatte, wo wenigstens von Mystificationen keine Rede sein können wird. Bei dieser Gelegenheit will ich es auch erwähnen, daß wir dem Einflusse unseres Palatins eine freiere Bewegung der Presse verdanken. Die Censoren sind nicht mehr so scrupulös — sie erschrecken nicht mehr vor jedem lauten Worte, und da, wo es der Fall ist, spricht ihnen der energische Erzherzog selbst Muth ein. Der Zustand unserer Journalistik ist nun ein erträglicher und selbst die deutschen Journale athmen etwas freier. Nichts destoweniger kann ich es den Herren in Wien versichern, daß bei uns Alles ruhig ist, daß durchaus keine gefährlichen Symptome bemerkbar und nicht einmal das europäische Gleichgewicht gefährdet sei. Wir wollen hoffen, daß die neuen Instructionen der Censur eindringlich sind, d. h. lange anhalten werden, darum éljen a Nadós!